



## Freiheitsbewegungen zwischen 1961 und 1989

Der Mauerbau verändert die Lebenswelt der Ostdeutschen grundlegend, auch die Formen widerständigen Verhaltens und dessen Trägergruppen wandeln sich. Viele von denen, die in den 1950er Jahren Widerstand geleistet haben, sind verhaftet worden oder in den Westen gegangen. Obwohl das Ansehen des SED-Regimes durch die völlige Abriegelung der Grenze auf einen Tiefpunkt sinkt, stabilisiert sich die Lage. In den 1960er Jahren und danach stellen sich Oppositionelle meist nicht mehr grundsätzlich gegen das politische System, sondern streben Reformen an. Die Existenz der DDR als eigener Staat wird kaum noch angezweifelt, die nationale Einheit tritt als Ziel in den Hintergrund. Doch trotz der äußeren Ruhe lässt sich oppositionelles Verhalten nach 1961 nicht völlig unterdrücken. Die ersten Bausoldaten bilden in dieser Zeit Arbeitsgruppen, sie initiieren Friedensseminare und -werkstätten, die als ein Motor der späteren Friedensbewegung der DDR gelten können.

Zu einer Symbolfigur der Opposition wird der Chemiker Robert Havemann, der als überzeugter Anhänger der kommunistischen Idee in die SED eingetreten ist, dessen Unbehagen an den Entscheidungen der Einheitspartei allerdings zunehmend wächst. Er setzt sich für eine Reform der Partei, eine sozialistische Demokratie und Freiheitsrechte ein. Jeder solle seine Individualität frei entfalten können und dabei nicht durch staatliche Anordnungen eingeeengt sein, fordert er in seiner letzten und Aufsehen erregenden Vorlesungsreihe im Wintersemester 1963/64 an der Berliner Humboldt-Universität, die zu seiner Entlassung führt. 1976 wird er für mehrere Jahre unter Hausarrest gestellt. Die Staatssicherheit bewacht ihn ständig und lässt nur wenige Besucher zu ihm. Trotz jahrelanger Isolation bleibt Robert Havemann in der oppositionellen Bewegung präsent. Seine Bücher, die nur im Westen erscheinen dürfen, werden



in die DDR geschmuggelt und kursieren dort als Abschriften. Das Gleiche gilt für Werke anderer Autoren, wie das 1977 in der Bundesrepublik erschienene Buch Rudolf Bahros „Die Alternative“, in welchem der Philosoph und Redakteur den „real existierenden Sozialismus“ der DDR analysiert und kritisiert.

Die gewaltsame Niederschlagung des Prager Frühlings durch Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 löst bei vielen Bürgern der DDR, die Staat und Partei skeptisch gegenüberstehen, Entsetzen aus, denn das Programm von Alexander Dubček von einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ hat große Hoffnungen auf Reformen und die Demokratisierung im eigenen Land geweckt. Es kommt zu zahlreichen Protesthandlungen. Vor allem Jugendliche und einfache Arbeiter verleihen ihrem Unmut durch schriftliche und mündliche Sympathiebekundungen für Dubček und die Tschechoslowakei Ausdruck. Die SED-Führung antwortet mit strenger Verfolgung und Bestrafung.

Nach 1968 prägen besonders die Ereignisse des Jahres 1976 die Opposition in der DDR: Der Liedermacher und Sänger Wolf Biermann darf bereits seit 1965 nicht mehr öffentlich in der DDR auftreten und publizieren. Er fühlt sich der marxistischen Idee und Tradition verpflichtet, beharrt jedoch auf seinem Recht auf freie Meinungsäußerung, was ihn in Konflikt mit dem Regime bringt. Die Staatssicherheit bespitzelt ihn rund um die Uhr, in seiner Wohnung sind Abhörwanzen angebracht. Biermann erhält die Genehmigung für die Ausreise zu einem Konzert in Köln am 13. November 1976. Diese Gelegenheit nutzt die SED-Führung, um ihm die Staatsbürgerschaft abzuerkennen, dadurch seine Rückkehr zu verhindern und so einen unbequemen Kritiker loszuwerden. Aber die Ausbürgerung sorgt keineswegs für Ruhe im Land, vielen Ostdeutschen wird Biermann nun erst bekannt. Namhafte Künstler und Intellektuelle, unbekanntere junge Leute erklären sich mit ihm solidarisch. Einige von ihnen



werden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, Prominente mit Publikations- und Auftrittsverbot bestraft. In ihren Arbeitsmöglichkeiten stark eingeschränkt, entschließen sich viele von ihnen, in die Bundesrepublik zu gehen. Die zuständigen Behörden erteilen die Ausreisegenehmigung oft rasch, da die SED auf diese Weise versucht, die Situation zu beruhigen. Den Verlust an herausragenden Künstlern schätzt die Parteiführung geringer ein als die von ihnen ausgehende Gefahr.

Die Kirchen sind die einzigen Institutionen in der DDR, die sich eine gewisse Autonomie bewahren können. Im Sommer 1976 verbrennt sich der evangelische Pfarrer Oskar Brüsewitz vor der Michaeliskirche in Zeitz. Er will damit ein Zeichen gegen die Politik der SED setzen, aber auch gegen die eigene evangelische Kirchenleitung, die einen Entspannungskurs gegen die Staatsführung eingeschlagen hat, um offene Konflikte mit dem Staat zu vermeiden und ihre institutionelle Unabhängigkeit nicht zu gefährden. Dennoch stellen evangelische Gemeinden der Opposition Räume für Veranstaltungen zur Verfügung, wo sich ein freier Diskurs entwickeln kann. Engagierte Pfarrer, Theologiestudenten und kirchliche Mitarbeiter werden zu Trägern der Oppositionsbewegung. Einzelne kümmern sich in der Offenen Arbeit um junge Menschen aus subkulturellen Milieus, die von der Staatssicherheit beobachtet und schikaniert werden: um Beatfans, „Langhaarige“, später um Punks.

Die Offene Arbeit ist personell und räumlich oft mit den jeweiligen Jungen Gemeinden verbunden. Hier werden Themen diskutiert, die in der Öffentlichkeit tabuisiert sind, etwa Homosexualität, Suchtprobleme, Schwierigkeiten unangepasster Jugendlicher in der Schule und am Arbeitsplatz. Die jungen Leute sollen zu Mündigkeit und einem



selbstbestimmten Leben ermutigt werden. In den 1980er Jahren wird die „Kirche von Unten“ gegründet. Sie stellt sich bewusst gegen die Loyalität der Amtskirchen gegenüber dem Staat. Die Staatssicherheit reagiert auf diese Formen oppositionellen Verhaltens mit Überwachung, Repressionen und Zersetzungsmaßnahmen. Zahlreiche Inoffizielle Mitarbeiter bespitzeln Personen und Veranstaltungen.

Unter dem schützenden Dach der Kirchen formieren sich Mitte der 1970er und Anfang der 1980er Jahre die Menschenrechts-, Friedens- und Umweltbewegung. Deren Gruppen vernetzen sich untereinander und werden zunehmend selbstbewusster – eine wesentliche Voraussetzung für ihre zukünftige Bedeutung in der Friedlichen Revolution. Die Menschenrechtsbewegung beruft sich insbesondere auf die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki durch die DDR am 1. August 1975. Damit hat die Staats- und Parteiführung die allgemeinen Grund- und Menschenrechte anerkannt. Der Text des Dokuments wird in der SED-Parteizeitung Neues Deutschland veröffentlicht und weckt die Hoffnung auf verbesserte Reise- und Ausreisemöglichkeiten. Zwar riskieren nach wie vor Menschen eine Flucht über die Grenze in die Bundesrepublik, Zehntausende stellen nun jedoch Ausreiseanträge, in denen sie sich auf die Schlussakte berufen. Obwohl es sich dabei in den Augen der Behörden um „rechtswidrige Übersiedlungersuche“ handelt, wird einigen Gesuchen stattgegeben, viele werden allerdings abgelehnt. Zudem werden die Antragsteller von der Staatssicherheit bespitzelt. Oft verlieren sie ihren Arbeitsplatz, andere werden sogar zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Kirchen mischen sich aktiv in die Menschenrechtsdebatte ein. Es entstehen evangelische Menschenrechtsgruppen. Mitte der 1980er Jahre bildet sich dann die von den Kirchen unabhängige Initiative Frieden und Menschenrechte. Sie gibt illegal die



Zeitschrift Grenzfall heraus und entwickelt sich zu einer der wichtigsten Oppositionsgruppen.

Neben Menschenrechtsfragen motiviert auch die Sorge um den Frieden dazu, die politischen Gegebenheiten nicht länger widerspruchslos hinzunehmen. Viele Menschen empfinden Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre das Wettrüsten der Supermächte als existenzielle Bedrohung. Sie haben Zweifel daran, dass allein hochgerüstete Staaten Kriege verhindern können, wie es in den DDR-Medien heißt. Hinzu kommt die Ablehnung der Militarisierung der Gesellschaft, wie sie in der Einführung des Wehrunterrichts an den Schulen der DDR 1978 deutlich wird. Als 1982 ein neues Gesetz über den Wehrdienst beschlossen wird, wonach im Verteidigungsfall auch für Frauen die allgemeine Wehrpflicht gelten soll, gründet sich das Netzwerk Frauen für den Frieden.

Breite Wirkung in der Öffentlichkeit entfalten die ab November 1980 jedes Jahr zum Bußtag stattfindenden evangelischen Friedensdekaden. Die Initiative dafür geht von Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider aus. Überall versammeln sich vor allem junge Menschen zu Gottesdiensten, Lesungen und Diskussionsrunden. Zum Symbol der Friedensdekaden und der Friedensbewegung der DDR wird das Motiv „Schwerter zu Pflugscharen“, das auf eine Verheißung des Propheten Micha im Alten Testament zurückgeht: „Dann schmieden sie Pflugscharen aus ihren Schwertern und Winzermesser aus ihren Lanzen.“ 1981 verbreitet sich das Symbol rasch. Jugendliche tragen es als Aufnäher an Jacken und Mänteln, bis der Staat dies verbietet. Wer sich widersetzt, wird massiv unter Druck gesetzt. Die Aufnäher werden gewaltsam entfernt, seinen Trägern droht der Schulausschluss. Während des Evangelischen Kirchentages in Wittenberg 1983 wird auf Initiative des Pfarrers Friedrich Schorlemmer ein Schwert zu einer Pflugschar umgeschmiedet. Die



Anwesenheit westlicher Medienvertreter verhindert das Eingreifen der Staatsorgane und macht die Aktion in der Bundesrepublik wie in der DDR bekannt.

Eine der politisch aktivsten Gruppen ist die Friedensgemeinschaft Jena. Die Mitglieder sind geprägt vom Tod Matthias Domaschks, der 1981 unter ungeklärten Umständen in Stasi-Haft ums Leben gekommen ist. In den Jahren 1982 und 1983 machen die jungen Leute mit verschiedenen Aktionen auf ihre Anliegen aufmerksam. Das SED-Regime versucht, die Gruppe zu zerschlagen. Zahlreiche Mitglieder der Friedensgemeinschaft werden verhaftet und in den Westen abgeschoben. Dies ist auf der einen Seite ein Erfolg für die Staatssicherheit, auf der anderen Seite richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit in der DDR wie in der Bundesrepublik auf das Anliegen der Friedensgemeinschaft. Zudem unterstützt ein Teil der Abgeschobenen die Arbeit der Opposition aktiv vom Westen aus.

Große Signalwirkung geht für die Friedensbewegung von dem 1982 von Pfarrer Rainer Eppelmann und Robert Havemann veröffentlichten Berliner Appell aus, in dem unter dem Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ ein atomwaffenfreies Europa und die Selbstbestimmung der Deutschen gefordert wird. Öffentlichkeit und Politik sollen über die Produktion von Kriegsspielzeug, den Wehrkundeunterricht, die Einführung eines Sozialen Friedensdienstes für Kriegsdienstverweigerer, den Verzicht auf Militärparaden und Übungen zur Zivilverteidigung nachdenken. Zahlreiche Oppositionelle unterzeichnen diesen Aufruf, Sicherheitskräfte fahnden im ganzen Land nach Abschriften und Unterschriftenlisten. Sie versuchen, die Unterzeichner zur Rücknahme ihrer Unterschriften zu bewegen, scheitern aber bis auf wenige Ausnahmen.



Wie die Friedensbewegung setzt sich auch die Umweltbewegung aus unterschiedlichen Gruppen und Netzwerken zusammen. Diese unternehmen große Anstrengungen, um die Öffentlichkeit über die katastrophalen ökologischen Zustände in der DDR aufzuklären und damit der gezielten Desinformation durch die staatliche Presse entgegenzuwirken. Offiziell gibt es in der DDR kein Waldsterben, keine Verschmutzung der Luft und der Gewässer. Diese Themen werden von der Umweltbewegung aufgegriffen, die sich außerdem mit dem Zerfall der Innenstädte, den Folgen des Uranbergbaus und des Braunkohleabbaus sowie dem Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 auseinandersetzt. Baumpflanzaktionen, Protestmärsche und Fahrraddemonstrationen sollen Aufmerksamkeit erregen.

Zu einem Zentrum dieser Bewegung entwickelt sich die 1986 gegründete Berliner Umweltbibliothek, die bald unter ständiger Beobachtung durch die Staatssicherheit steht. Unter dem Dach der evangelischen Zionsgemeinde sammeln ihre Mitglieder Literatur, die in der DDR schwer zugänglich ist, und organisieren Veranstaltungen. Sie geben unter schwierigsten Bedingungen die Umweltblätter heraus und drucken Publikationen für andere Oppositionsgruppen. Dem Hinweis eines Inoffiziellen Stasi-Mitarbeiters folgend stürmt in der Nacht vom 24. auf den 25. November 1987 ein MfS-Kommando die Räume und nimmt die Anwesenden fest in der Annahme, dass dort die illegale Publikation Grenzfall der Initiative Frieden und Menschenrechte gedruckt würde. Doch dieser Auftrag wurde auf die Morgenstunden verschoben. Zum Zeitpunkt des Überfalls ist „nur“ der Druck für die Umweltblätter im Gang. Mit Mahnwachen wird schließlich die Freilassung der Inhaftierten erzwungen. Zudem gelingt es, das West-Fernsehen einzuschalten, wodurch viele DDR-Bürger erstmals von der Existenz der Umweltbibliothek erfahren.



Die Publikationen der Opposition – die so genannten Samisdat-Schriften – entstehen mit technisch einfachen Mitteln. Es ist schwierig, ausreichend Papier für die Herstellung zu beschaffen, von den Vervielfältigungsgeräten ganz zu schweigen. Veröffentlichungen wie die Umweltblätter oder der Grenzfall werden von Hand zu Hand weitergereicht. Sie sind sehr begehrt, erreichen aber nur einen begrenzten Leserkreis.

Umso wichtiger sind seit der Reformpolitik Michail Gorbatschows russische Zeitschriften und Zeitungen. Sie liefern Informationen über die Entwicklung in der UdSSR und setzen sich kritisch mit der sowjetischen Geschichte auseinander. Besonders beliebt ist die deutschsprachige Ausgabe des Sputnik. Als im Oktoberheft 1988 ein Artikel über den in der DDR geleugneten Hitler-Stalin-Pakt erscheint, ist für die SED-Führung das Maß voll: Der Sputnik wird von der Postzeitungsliste gestrichen und damit faktisch verboten. Bereits wenige Tage nach der Zensurmaßnahme kommt es zu Protesten. Mit Briefen und Eingaben wird um die Wiederezulassung gebeten. Öffentlich angebrachte Losungen wie „Sputnik lebt“ bringen den Wunsch nach Pressefreiheit zum Ausdruck. Selbst SED-Mitglieder kritisieren das Sputnik-Verbot, einzelne treten sogar aus der Partei aus. Das Ansehen der Partei sinkt erheblich, denn immer mehr Bürgern wird die Reformverweigerung des Regimes, die Ablehnung von Glasnost und Perestroika, nun deutlich bewusst. Symptomatisch für die starre Haltung der Staats- und Parteiführung ist eine Äußerung von Politbüromitglied Kurt Hager. In einem Interview zu den Reformen Gorbatschows und deren Auswirkungen auf die DDR befragt, meint er: „Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls zu tapezieren?“. Was sich dann 1989 und 1990 ereignet, wird weit mehr sein als ein Tapetenwechsel.